



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/160

5. November 1949

Kommt Acheson nach Deutschland?

M.P. Der amerikanische Außenminister Dean Acheson soll die Absicht haben, im Anschluss an seinen Pariser Aufenthalt in der nächsten Woche nach Deutschland zu kommen, um hier mit seinem hohen Kommissar die Neuorientierung der amerikanischen Deutschlandpolitik zu besprechen. Demontage und Revision des Besatzungsstatutes würden im Vordergrund stehen, so heisst es.

Diese Reise wäre nur ein Zeichen für die frischen Impulse in der nordamerikanischen Aussenpolitik. Zunächst war es die aufsehenerregende Erklärung des ERP-Administrators Paul Hoffman in Paris über die von der USA verlangte Verwirklichung der europäischen Einheit, fast unmittelbar darauf folgten die Feststellungen eines hohen amerikanischen Beamten über den bevorstehenden Kurswechsel in der amerikanischen Deutschlandpolitik. Jetzt will also Dean Acheson selbst kommen, wenn dafür auch noch keine offizielle Bestätigung vorliegt.

Schon einmal hat nach dem Ende des Krieges ein amtierender amerikanischer Außenminister Deutschland besucht. Die programmatische Erklärung, die Mr. Byrnes am 6. September 1946 in Stuttgart abgab, war nach dem Zeitpunkt, zu dem sie erfolgte und nach ihrem Inhalt, die Tat eines Pioniers, für die man ihm in Deutschland aufrichtig Dank gewusst hat. Die Amerikaner würden weiter an den Angelegenheiten Europas und der Welt teilnehmen, versicherte Byrnes und weiter: "Das amerikanische Volk wünscht Frieden. Es hat längst aufgehört, von einem harten oder milden Frieden für Deutschland zu sprechen. Das ist niemals das wahre Anliegen gewesen. Was wir wünschen, ist ein dauerhafter Frieden".

Über drei Jahre sind seit damals vergangen. Die Vereinigten Staaten haben sich in der Tat nicht von Europa entfernt, sie haben

sich immer enger mit ihm verbunden, sie haben bis dahin ungeahnte Anstrengungen gemacht, diesem Europa zu helfen und haben auf diesem Wege gute Erfolge erzielt. Aber Amerika hat mit seiner Grosszügigkeit keine entsprechende geistige Wandlung im europäischen Denken wecken können - mit einer gewissen Beschämung muss das von Europa aus zugegeben werden. Über einen kleinen Beginn ist man nicht hinausgekommen - Rivalität und Misstrauen blieben beherrschend. Wieviel noch fehlt, hat zuletzt die Warnung Paul Hoffmans - die ernsteste, die nach dem Krieg an die europäische Adresse gerichtet worden ist - gezeigt. Auch ist man mit dem "dauerhaften Frieden", von dem Byrnes sprach, nicht einen Schritt weiter gekommen. Dafür wieder war die Warnung Trumans mit der russischen Atombombe aufschlussreich.

Die Zeit seit dem September 1946 hat im Grunde nur gezeigt, wie gross die Hindernisse sind, die der Aufrichtung einer vernünftigen Neuordnung im Wege stehen. Es hat gute Vorsätze, verheissungsvolle Ansätze und - immer und immer wieder - Rückschläge gegeben. Aber schliesslich kann man sich damit nicht auf die Dauer begnügen und die Amerikaner sind als letzte bereit zu resignieren. Wenn die entscheidende Tat unserer Zeit, die Lösung des Gegensatzes von West und Ost immer noch nicht gelungen ist - und es wäre vermessen, von der für Montag angekündigten Aussprache zwischen Acheson und Tschinskii auch nur den Auftakt dazu zu sehen - so muss man sich mit Vorstufen für eine Lösung begnügen.

Zweierlei steht dabei offenbar im Vordergrund der amerikanischen Vorstellung: ein vereinigtes Europa und eine gefestigte amerikanisch-britische Union. In dieses Doppelschema lässt sich zwanglos jeder Vorgang der grossen Politik einordnen, der vielleicht auf den ersten Blick nicht ganz durchsichtig ist. Die Gebrüder Joseph und Stewart Alsop, die dem State Department viel näher stehen als der vielzitierte Walter Lippmann, haben diese Konzeption kürzlich nachgezeichnet und begründet. Sie gingen dabei von folgenden Feststellungen aus:

"In der amerikanischen Politik wird jetzt eine Entscheidung von un-absehbarer Tragweite vorbereitet. Es geht um die Schaffung einer wirklichen Wirtschaftsunion der kontinentalen Nationen Europas. Man denkt sogar daran, diese Union in Monaten zu verwirklichen. Die treibende Kraft ist Paul Hoffman, er hat sich in Europa selbst davon überzeugt, dass drastische Massnahmen unerlässlich sind. Er kam wei-

ter zu dem Ergebnis, dass diese Wirtschaftsunion nicht nur notwendig, sondern auch durchführbar ist. Truman soll dieser Auffassung begeistert zugestimmt haben".

Der zweite Punkt ist die amerikanisch-britische Union. Ein Zusammenbruch Englands dürfe - so schrieben die amerikanischen Journalisten - einfach nicht zugelassen werden. Im Sterling-Gebiet und besonders im Britischen Empire, gebe es riesige unentwickelte Hilfsquellen, die unter Verwendung amerikanischen Kapitals mobilisiert werden könnten. Ein wirklicher wirtschaftlicher Zusammenschluss auf dem Kontinent würde ein Gegengewicht in einer engen englisch-amerikanischen Partnerschaft, einem teilweisen Zusammenschluss der englisch-amerikanischen Weltmacht finden.

Natürlich würde auch Deutschland seinen Platz in dieser Konzeption haben. Eine Garantie für den Dauerfrieden, von dem Byrnes sprach, gäbe auch sie nicht, wohl aber eine maximale Chance der Sicherheit. Wenn Achsen nach Deutschland kommen sollte, wird er sich vermutlich mit etwas weniger umfassenden Themen beschäftigen. Aber alles, was er anregt oder unternimmt, wird vermutlich in irgend einem Zusammenhang mit dieser grossräumigen Sicherheitsplanung stehen.

Holzapfel auf Auslandstournee

sp. Der CDU-Abgeordnete Dr. Friedrich Holzapfel ist zur Zeit illustrierter Gast und Vortragsredner in der Svensk-Tyska Föreningen, Stockholm. Es handelt sich um die gleiche Gesellschaft, die bis 1945 den Ehrgeiz hatte, die Grössen des Dritten Reiches zu empfangen und sich von ihnen Vorträge halten zu lassen. Seit 1945 war sie still geworden, jetzt befriedigt sie sich mit dem CDU-Abgeordneten Holzapfel. Ob es klug ist, sich als deutscher Bundespärlamentsvertreter ausgerechnet diesen Klub zu einem politischen Vortrag über Deutschland auszusuchen, das ist wohl nicht zureichend überlegt worden. Oder wollte man die Schweden provozieren?

Der Vorsitzende jener Vereinigung ist ein bekannter schwedischer Nazifreund, Professor Haggquist. Der zweite Vorsitzende ist der ebenso berühmte Sven Hedin. Im Vorstand sitzt auch Dr. Rütger-Essen, der während des Krieges Chefredakteur der von der nazistischen deutschen Botschaft mit hohen Summen laufend finanzierten einzigen schwedischen Nazizeitung gewesen ist. Weiter sitzen im Vorstand der Inhaber einer schwedischen Juwelierfirma, Dekker, der sich den Nazisten so weitgehend zur Verfügung stellte, dass er seit 1945 trotz aller Bemühungen kein Einreisevisum nach Deutschland erhalten hat. Das

5.11.1949

gleiche gilt für die Gräfin Bonde, die jetzt eben in Schweden eine Sondersammlung für deutsche Offiziere gestartet hat, unter Berufung auf Äusserungen Dr. Adenauers. Sie behauptet, niemand leide in Deutschland solches Martyrium wie die früheren deutschen Offiziere. Überdies arbeitet das Hilfskomitee der Gräfin Bonde mit dem Evangelischen Deutschen Hilfswerk zusammen. Das Schwedische Rote Kreuz hat die deutsche Hilfsarbeit mit der Gräfin Bonde immer abgelehnt.

K.Hg.

Das Ostbüro der SPD

sp. Der Leiter des Ostbüros der SPD sprach am 3. November über den Sender RIAS zur Bevölkerung der Sowjetzone über Aufgaben und Tätigkeit des Ostbüros. Seinen Ausführungen entnehmen wir u.a.:

Immer wieder wird das Ostbüro in der Lügenpropaganda der Kommunisten als sogenannte "Spionage- und Sabotageorganisation"

bezeichnet. Die systematischen Verleumdungen beweisen eigentlich im Grunde nur eines: das kommunistische Regime sieht in der Sozialdemokratie seinen gefährlichsten Feind.

Die Vernichtung der Sozialdemokratie ist daher systematisch betrieben worden. Wie begann mit der Zwangsvereinigung unter dem Namen "Sozialistische Einheitspartei". Es bleibt das historische Verdienst von Kurt Schumacher, diesen Täuschungsversuch von vornherein konsequent bekämpft zu haben. Von diesem Zeitpunkt an datiert die Tätigkeit des Ostbüros als des technischen Instrumentes im Kampf gegen den Bolschewismus.

Zehntausende von Verhaftungen und Verschleppungen in Konzentrationslager, in NKWD-Keller und Luchthäuser konnten wohl Menschen vernichten, ausschalten, quälen, vermochten aber nicht, die Idee der Freiheit zu vernichten. Die Sowjets haben in diesem Kampf die Erfahrung machen müssen, dass an die Stelle eines Verhafteten oder Verschleppten viele neue Kämpfer getreten sind. Dieser politische Widerstand, dessen Hauptträger Sozialdemokraten sind, hat längst den Rahmen einer Partei in der sowjetischen Zone gesprengt. Um die sozialdemokratischen Funktionäre haben sich Vertreter aller politischen Richtungen geschart, deren einziges Ziel darin besteht, allen Sowjetisierungsversuchen gemeinsam entgegenzuwirken. Ich möchte hierbei besonders die junge Generation erwähnen, die in

diesem Kampf zum Teil an führender Stelle steht und Hervorragendes leistet. Es sind nicht ~~nur~~ Arbeiter und Handwerker, sondern auch Studenten und Intellektuelle, kurz alle Bevölkerungskreise, die daran teilnehmen. Auf der Tätigkeit dieser Widerstandskämpfer beruht die Wirksamkeit des Ostbüros.

Im Dunkel der Illegalität gibt es nur selten grosse äussere Erfolge. Erst wenn das Regime durch andere zusätzliche Faktoren gestürzt worden ist, zeigt sich das Ausmass der illegalen Widerstandsarbeit. Auf diesen Tag muss systematisch hingearbeitet werden.

Das Ostbüro hat dabei die Verpflichtung übernommen, durch Informationen unnötige Opfer zu vermeiden. Auch an den Spitzelwarnungen des RIAS-Senders ist das Ostbüro massgeblich beteiligt. Diese Warnungen sind das Ergebnis einer gefährlichen Kleinarbeit und die Bevölkerung der Ostzone kann wohl am besten beurteilen, wie sich diese Warnungen ausgewirkt haben.

Einen hervorragenden Beweis des Widerstandes in der Sowjetzone haben die Volkskongresswahlen im Mai dieses Jahres gebracht.

Die im Ostbüro zusammenlaufenden Informationen, herangeholt von den mutigen ^{und} ~~Opferungsvollen~~ Helfern in der ganzen Zone, werden der Weltöffentlichkeit zugeleitet. Das Ostbüro hatte damit bereits manche Untat verhindern oder aufdecken können. Die Zone des Schweigens wird so zu einer Zone der Anklage gegen die Unmenschlichkeit des kommunistischen Polizeistaates. In einer umfangreichen Partei werden im Ostbüro alle Fälle sorgfältig registriert, um eines Tages die gerechte Bestrafung der verantwortlichen Elemente zu ermöglichen.

Die SPD wird niemals auf Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg, auch niemals auf die Ostgebiete verzichten.

Die politische Kampfstellung der deutschen Sozialdemokratie ist klar. Sie kämpft nicht gegen das russische Volk, sondern gegen den Herrschaftsanspruch des Stalinismus auf deutschem Boden.

Berichtigung. In unserer gestrigen Mitteilung "Aufgabenteilung im DGB-Vorstand" muss es im Absatz 2 (2. Zeile) nicht heissen: "Jugend, Frauen und Bildung", sondern

richtig: "Frauen, Schulung und Bildung".

Wir bitten um Entschuldigung. D.Red.

Die letzten Festungen fallen

sp. Das nordrhein-westfälische Industriegebiet zeichnete sich bereits bei allen Parlamentswahlen während der Weimarer Republik dadurch aus, dass die Kommunisten dort ihre relativ grössten Erfolge zu verzeichnen hatten. Insbesondere waren es die "Kohlenputts", in denen die kommunistische Agitation einen günstigen Nährboden fand. So gelang es z.B. den Kommunisten, bei den Juli-Wahlen 1932 im Wahlkreis 18 (Westfalen-Müd), im Wahlkreis 22 (Düsseldorf-Gst), ja im ganzen Gebiet Nordrhein-Westfalen, die Sozialdemokraten mit 1.313.000 Stimmen gegen 1.040.000 Stimmen zu überflügeln. Nach 1945 verbuchte die KP solche Erfolge nur mehr bei den Betriebsrätewahlen und den Wahlen zu dem Gewerkschaftskongress.

Bis 1947 musste die KP mit 71 Prozent aller Betriebsräte im Bergbau und mit der Stellung des zweiten Vorsitzenden des geschäftsführenden Vorstandes der Industriegewerkschaft Bergbau als ein sehr ernstzunehmender Faktor bezeichnet werden. Aber schon 1948 erlebte sie eine fast erdrutschartige Niederlage. Ihr Anteil bei den Betriebsrätewahlen sank auf 32 Prozent und auf dem Recklinghausener Kongress der Industriegewerkschaft Bergbau schied sie aus fast allen entscheidenden Verbandskörperschaften aus. Dieses Ergebnis war der Sammlung der Abwehrkräfte besonders in den sozialdemokratischen Betriebsgruppen zu verdanken. Vielfach erfolgte auch eine gute Zusammenarbeit zwischen den sozialdemokratischen und den ehemaligen christlichen Gewerkschaftlern.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der am 27. und 28.9.1948 erfolgten Betriebsrätewahlen im Bergbau beweisen, dass die Kommunisten weiterhin an Einfluss verloren haben. Noch liegen die Gesamtergebnisse nicht vor, aber die Teilergebnisse, so z.B. aus Essen, wo der kommunistische Anteil von 111 im Vorjahr auf 95 von den insgesamt 388 Betriebsräten sank, während gleichzeitig der sozialdemokratische Anteil von 118 auf 130 stieg, dürfte dem wahrscheinlichen Endergebnis ungefähr entsprechen. Vom Rückgang des kommunistischen Einflusses haben allerdings nicht nur die sozialdemokratischen Kandidaten profitiert, sondern auch die sogenannten "christlichen und parteilosen".

S.M.

 Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt